

An

- Vorsitzende der
 - Bezirksvorstände
 - Landesbezirksvorstände
 - Landesbezirksfachbereichsvorstände
 - Bundesfachbereichsvorstände
- Präsidium des Gewerkschaftsrates
- Mitglieder des Gewerkschaftsrates
- Bezirksgeschäftsführer/-innen
- Landesbezirksfachbereichsleiter/-innen
- Landesbezirksleitungen
- Bundesfachgruppenleiter/-innen
- Bereichsleiter/-innen der Bundesverwaltung
- Bundessekretäre und -sekretärinnen der Gruppen-, Frauen- und Gleichstellungspolitik
- Bildungsstättenleiter/-innen
- Mitglieder des Bundesvorstands

Vorsitzender

**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Bundesverwaltung

Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Frank Bsirske

Telefon: 030-6956-0
Durchwahl: 030-6956-1000
Telefax: 030-6956-3000
Frank.Bsirske@verdi.de
www.verdi.de

Datum
Ihre Zeichen
Unsere Zeichen

6. Juli 2010
FB/WP

Herbstaktion

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der DGB-Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 6. Juli beschlossen in der Zeit vom 24.10.-13.11.2010 Aktionswochen durchzuführen, mit denen insbesondere in den Betrieben und Verwaltungen, aber auch in der Öffentlichkeit, zentrale Vorhaben der schwarz-gelben Bundesregierung kritisiert und für unsere gewerkschaftlichen Alternativen geworben werden soll.

Das Leitmotiv dabei lautet: "Gerecht geht anders". Das gilt für die Ausgestaltung unseres Gesundheitswesens und seiner Finanzierung, ebenso wie für die Steuerpolitik der Bundesregierung, für den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge und ihre Finanzierung, ebenso wie für die Sicherung einer auskömmlichen Rente und die Gestaltung des gesetzlichen Rentenalters.

Bei den Aktionswochen soll es darüber hinaus um die Verbesserung der Entlohnungsbedingungen in der Leiharbeit und um bessere Chancen für unsere Jugend, in Punkto Übernahme nach der Ausbildung und um das Recht auf eine gute Ausbildung gehen.

Damit ist es gelungen, im Anschluss an die Diskussionen in unserer Organisation auf den Frühjahrstagungen, im Beirat und im Gewerkschaftsrat auch die anderen Einzelgewerkschaften und unseren Gewerkschaftsbund für ein gemeinsames Vorgehen im Herbst zu gewinnen.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten soll in den Betrieben liegen. Dafür kommen – je nach Ausgangslage im jeweiligen Betrieb – unterschiedliche Aktionsmöglichkeiten in Frage: Von der Diskussion mit Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen angefangen, über Flugblattverteilungen und Veranstaltungen, bis hin zu Betriebs- und Personalversammlungen und Aktionen aus Betriebsversammlungen heraus.

Was im Einzelnen betrieblich geht, muss vor Ort eingeschätzt werden und wird von Fall zu Fall sicherlich sehr unterschiedlich sein. Wichtig aber ist, dass das, was geht, auch gemacht wird.

Angestrebt wird, dass in diesen Wochen möglichst viele Betriebs- und Personalversammlungen stattfinden. Gut wäre auch, wenn vor Ort – in den verschiedenen Organisationsbereichen der DGB-Gewerkschaften – möglichst viele Personalversammlungen am selben Tag und zur selben Zeit stattfinden würden, und – wo möglich – Versammlungen zu einem verabredeten Zeitpunkt an einem gemeinsamen Treffpunkt ihren Abschluss finden würden, um so gemeinsam ein Zeichen zu setzen.

Das verlangt zunächst eine intensive Planung und Koordination auf Seiten der in ver.di-Verantwortlichen vor Ort, sowie dann, auch eine entsprechende Koordination zwischen den Einzelgewerkschaften im DGB.

In einer Reihe von Regionen werden darüber hinaus gegen Ende der Aktionswochen regionale Demos stattfinden. Entsprechende Planungen laufen auf Initiative insbesondere von IG-Metall und ver.di schon für Nordrhein-Westfalen und Bayern sowie Niedersachsen-Bremen und Baden-Württemberg.

Zur Vorbereitung der Aktivitäten werden von ver.di in Abstimmung mit den Fachbereichen, Betriebs- und Personalratsvorsitzende von besonders aktionsfähigen Betrieben und Verwaltungen fachbereichsübergreifend eingeladen.

Der Bundesvorstand wird sich darüber hinaus zentral an die neu gewählten Betriebs- und Personalräte, sowie MitarbeitervertreterInnen wenden, auf die Aktionswochen aufmerksam machen, Hinweise auf Materialien und Hintergrundinformationen geben und dazu auffordern, sich an den Aktionen aktiv zu beteiligen.

In der Frage, welche Themen in den Betrieben und Verwaltungen in den Vordergrund gerückt werden, sollten wir flexibel vorgehen.

- So ist die unmittelbare Betroffenheit in den Betrieben, etwa der Druckindustrie, sicherlich am ehesten über „Rente erst ab 67“ gegeben,
- während dies im Krankenhausbereich eher über die Kürzungsmaßnahmen im Gesundheitswesen und die Deckelung der Krankenhausfinanzierung der Fall sein wird.
- Wenn wir das Thema „Kommunen in Not“ aufgreifen, wird es wichtig sein deutlich zu machen, wo und wie z. B. die Verkäuferin im Einzelhandel oder der Zusteller im Briefbereich von der kommunalen Finanzkrise und einem Wegfall der Gewerbesteuer zugunsten einer zweiten (kommunalen) Einkommenssteuer betroffen sein wird.

Stets wollen wir unsere Alternativen für eine sozial gerechte und solidarische Finanzierung der sozialen Sicherung, wie des Sozialstaats und der öffentlichen Daseinsvorsorge deutlich machen und dabei unsere Werte Gerechtigkeit und Solidarität in den Mittelpunkt rücken.

Zur Unterstützung der Aktivitäten werden eine ganze Reihe unterschiedlicher Materialien zur Verfügung gestellt:

Zwischenzeitlich ist die Internetseite www.gerecht-geht-anders.de freigeschaltet. Die jeweiligen inhaltlichen Schwerpunkte der Aktivitäten werden auf der Seite hervorgehoben. Dabei wird auf das politische Geschehen jeweils schnell reagiert werden können. Auf der Internetseite wird sowohl Wert auf sachliche Argumentation wie auf emotionale Ansprache gelegt. Wir werden zu den Schwerpunkten Bewegtbilder erstellen, die auch auf Veranstaltungen, Betriebs- und Personalversammlungen eingesetzt werden können.

Ferner werden für die breite Verteilung plakativ gestaltete Flyer, die sich auf die Schwerpunktthemen Rente ab 67, Gesundheit, Kommunen in Not und „Spar“-Politik beziehen, zur Verfügung gestellt.

Angeboten werden darüber hinaus

- 4 Argumentationskärtchen (bereits angeboten)
- Plakate für Betriebe und Verwaltungen sowie Veranstaltungen
- Hintergrundinformationen zu den Themen
- eine 16-seitige A6-Broschüre zu den Schwerpunktthemen
- Wipo-Informationen
- sowie zur Unterstützung von Vertrauensleuten, Betriebs- und Personalräten sowie JAVen Redebausteine mit Präsentationen zu den Schwerpunktthemen.

Weitere angebotene Materialien (z. B. Warnschilder für Aktionen, T-Shirts, Aufkleber, Sperrband usw.) könnt ihr dem beigefügten Bestellschein entnehmen. Der DGB stellt weitere Materialien zur Verfügung. Darunter gutes Material zur Kopfpauschale.

Zur kommunalen Finanzsituation und den damit einhergehenden Problemen bereiten wir eine zentrale Veranstaltung vor, die auch ein Muster für vergleichbare örtliche Aktivitäten sein könnte. Es wäre sinnvoll, dass die Bezirke ähnliche Veranstaltungen anbieten, um das Thema in der lokalen bzw. regionalen Öffentlichkeit zu platzieren – was vielerorts auch bereits stattfindet.

Ziel unserer Arbeit zu diesem Thema sollte auch die Schaffung möglichst vieler örtlicher und regionaler Bündnisse für eine bessere kommunale Finanzausstattung sein. Bündnispartner dabei: u. a. Sportvereine, Wohlfahrtsverbände, Jugendorganisationen, soziale Einrichtungen, Bürgermeister und Landräte, und Andere.

Bündnisse unter Beteiligung von ver.di bestehen bereits in München (Bündnis München Sozial – wir halten die Stadt zusammen), Bochum und Herne (Aufstehen für Bochum und Herne), Leverkusen (Bündnis für Leverkusen) sowie Wuppertal (Wuppertal wehrt sich). Weitere Bündnisse bestehen, ohne eindeutige Beteiligung von ver.di-Bezirken, in Bottrop, Mühlheim, Gelsenkirchen, Remscheid und Köln.

Veranstaltungen der Bündnisse oder von ver.di mit Landtags- und Bundestagabgeordneten können den politischen Druck auf die Verantwortlichen in Land und Bund erhöhen. Solche öffentlichen Veranstaltungen haben in Stuttgart („Gemeinwohl – Kommunal Finanzen stärken“) gegen die Abschaffung der Gewerbesteuer bereits stattgefunden oder sind, wie in München, mit dem Münchner Appell „Rettet die Kommunen“, geplant. In München ist mit den Personalräten der Stadt München als Aktionstag der 20. Juli 2010 vorgesehen. An diesem Tag sollen viele Münchner Bürgerinnen und Bürger in den Betrieben und Dienststellen der Stadtverwaltung mit Plakaten auf die Probleme, die eine Abschaffung der Gewerbesteuer nach sich ziehen würde, aufmerksam gemacht werden. Das Münchner Bündnis plant in den Einrichtungen der Bündnispartner ähnliche Aktivitäten.

Die Planungen für den Herbst müssen im Verlauf der nächsten Wochen vor Ort konkretisiert werden. Die Bezirke und Fachbereiche sollen ihre diesbezüglichen Planungen sowie die Termine der Betriebs- und Personalversammlungen bis zum **15. August** den jeweiligen Landesbezirken melden. Der Landesbezirk wird die Meldungen zusammenfassen und sie bis **31. August** an die Bundesverwaltung weitergeben.

Zum Stand der Vorbereitungen und unserem weiteren Vorgehen werden wir zusammen mit den Landesbezirksleitungen für die Region Nord und die Region Süd Anfang September eine gemeinsame Tagung der Bezirksgeschäftsführungen und Landesbezirkfachbereichsleitungen durchführen. Eine Einladung dazu wird euch für den 06.09. (Nord) und 10.09. (Süd) noch gesondert zugehen.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen



Frank Bsirske